VAdM-Kurier

36. Ausgabe: Juli/August 2022
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

36. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im Juli/August 2022

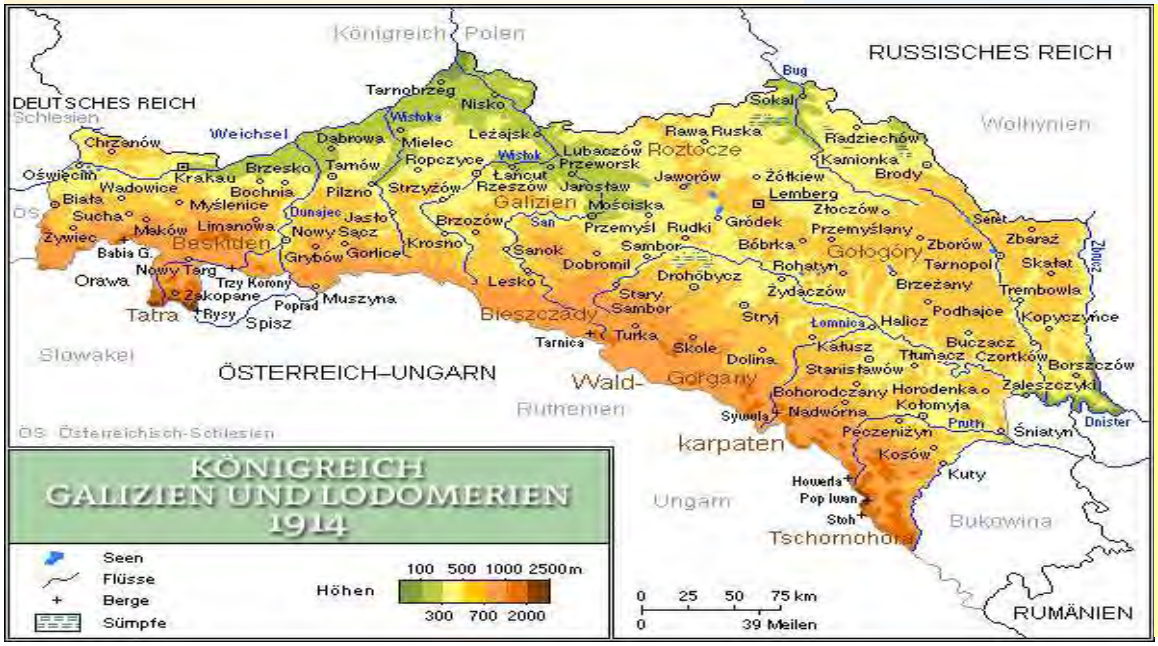
Inhalt:

editorial	Seite 1
Mainstream-Erzählungen entgegenwirken	Seite 2
Hinweis: Kulturfestival deutsche Minderheit in Polen (Breslau)	Seite 3
Schwerpunktthema: Ukraine	Seite 4
Die Rückkehr der Geopolitik und ihre Grenzen	Seite 4
Die neue Weltunordnung	Seite 6
Vormärz: Polen und Ruthenen	Seite 8
Der Mythos Stepan Bandera	Seite 9
Europa in der Gasfalle	Seite 9
Deutsche in der Ukraine und ihre Geschichte	Seite 11
Galizien-Auswanderer aus der Pfalz	Seite 11
Die Reichgründung: Die schleswig-holsteinische Frage (Teil 12)	Seite 13
Buchhinweis: Horst H. Jünger	Seite 15
Rudolf Hollinger: Der Musikliebhaber (Teil 2)	Seite 16
Reiseziele/Impressum	Seite 17

editorial

Der Konflikt um die Ukraine dauert schon sechs Monate und Europa geht auf einen Winter zu, dessen Energieversorgung Grund zu Besorgnis gibt: Wie lange Rußland noch Gas und Rohöl liefern wird, ist nicht abzusehen.
Als positiv ist einzuschätzen, daß die Getreideschiffe aus der Ukraine ablegen können. Vor Wochen hatte Rußland noch ein Geschäft vorgeschlagen, ukrainische Getreideexporte gegen Aufhebung der Sanktionen. Laut dem am 22. Juli abgeschossenen Vertrag kann Rußland selbst auch Getreide und Düngemittel exportieren; hierfür wurden die Sanktionen angepaßt. Könnte dieses Geschäft Modell für ein Gas-Geschäft mit Europa sein?
Über die Situation der in der Ukraine und Rußland verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheiten ist aus den bunderepublikanischen Medien so gut wie nichts zu erfahren.

Vadim Derksen *Herbert Karl*



Das historische Galizien lag zum großen Teil auf dem Gebiet der heutigen Ukraine.
Das Königreich Galizien und Lodomerien kam mit der ersten polnischen Teilung an Österreich. Historisch war Galizien mit der Hauptstadt Lemberg eine Ukraine en miniatur, gekennzeichnet durch ethnische und politische Gegensätze.
Mit dieser Ausgabe des Kuriers starten wir ein neues Kapitel: „Deutsche in der Ukraine und ihre Geschichte“
Die Red.
Karte: https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Galizien

Aktualität

Mainstream-Erzählungen entgegenwirken: Fake News, Fake Law, Fake Freedom
Alfred von Zayas

In dieser Sammlung von Essays nimmt der ehemalige unabhängige UN-Experte für internationale Ordnung, Professor Alfred de Zayas, Mainstream-Desinformation, Fake News, Zensur und Selbstzensur direkt auf. De Zayas betont die Bedeutung des Zugangs zu Informationen und zu einem wirklich pluralistischen Meinungsspektrum, die für jede funktionierende Demokratie unverzichtbar sind, und liefert eine aufschlußreiche Gegenerzählung, die Licht auf die Schlüsselprobleme wirft, mit denen die Menschheit heute konfrontiert ist.

Diese Sammlung von Essays umfaßt ein breites Spektrum von Themen, darunter
• die Notwendigkeit, den Menschenrechtsapparat zu überholen,
• die Bewaffnung der Menschenrechte gegen geopolitische Rivalen,
• die Instrumentalisierung von nationalem und internationalem Recht zu Zwecken der „Lawfare,“
• Initiativen für den Weltfrieden,
• Abrüstung für Entwicklung,
• die Ziele für nachhaltige Entwicklung,
• der Informationskrieg, was und wem man glauben soll,
• die demokratische Funktion von Whistleblowern,
• die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern wie Julian Assange und Edward Snowden,
• die zerstörerische Rolle des militärisch-industriell-finanziellen Komplexes,
• die Erhebung der NATO zum Kultstatus, sodaß wir ihren Erzählungen als Glaubenssache glauben müssen,
• die Dämonisierung Rußlands und Chinas und die Folgen der Aufstachelung zum Haß in weltweit eskalierenden Spannungen,
• die Olympischen Spiele in Peking
• die unbewiesenen Vorwürfe des „Genozids“ in Xinjiang und nicht zuletzt
• der Krieg in der Ukraine.

Die Essays befassen sich auch mit moralischen, rechtlichen und philosophischen Fragen zu Recht und Gerechtigkeit, Recht und Strafe und der Herrschaft internationaler Gerichtshöfe.

Countering Mainstream Narratives stammt aus den jüngsten Beiträgen von de Zayas für das angesehene Online-Nachrichtenjournal Counterpunch und bietet einen außergewöhnlichen Leitfaden zur Auflösung der Fälschung, die uns verschlingt.

Die Essays und Kommentare von De Zayas wurden auch im *Guardian, The Independent,* Inter Press Service, Truthout, Counterpunch sowie in der *Tribune de Genève, Le Courrier, der Welt, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und anderen Zeitungen veröffentlicht

„Alfred de Zayas ist eine wertvolle Ressource der Menschheit, wie diese wunderbar klare Sammlung von Essays über die Leiden unserer Zeit zeigt. Mit der Weisheit eines Sehers und dem Wissen eines Weltklasse-Juristen ist de Zayas eine maßgebliche Stimme der Vernunft und Gerechtigkeit in dieser prekären Zeit gefährlicher kriegstreibender Unwahrheiten. Weine nicht, lies und handle dann.“
RICHARD FALK, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter und emeritierter Professor, Princeton University

„Die Häßlichkeit offizieller Lügen und die Unterdrückung der Wahrheit in unserer Zeit ist eine ernsthafte Bedrohung für die Möglichkeit einer demokratischen Gesellschaft. Das Buch von Alfred de Zayas ist eine Mahnwache für eine Gesellschaft, in der Pressefreiheit mehr bedeutet als die Freiheit, die Presse zu kaufen und hemmungslos zu lügen.“
VIJAY PRASHAD, Professor für Internationale Studien, Trinity College, Exekutivdirektor des Tricontinental Institute for Social Research

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung von S. 2

„Ein Muß für jeden, der eine sozial gerechte Welt schaffen möchte, die auf einer ganzheitlichen Vision der gegenseitigen Abhängigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte basiert. Dieses Buch ist wirklich eine Meisterleistung."
DR. JOSEPH WRONKA, Repräsentant bei den Vereinten Nationen in New York, International Association of Schools of Social Work

„Ein Buch, das jeder Friedens- und Menschenrechtsaktivist braucht. Der unerschrockene de Zayas geht neue Wege, zeigt, warum ehrliche Medien für eine demokratische Regierungsführung unerläßlich sind, und zeigt, wie unverzichtbar akademische Freiheit und Mut für jede Demokratie sind."
FREDRIK S. HEFFERMEHL, norwegischer Jurist, ehemaliger Vizepräsident des International Peace Bureau (IPB), Gründungsmitglied der Lay Down Your Arms Association

„Alfred de Zayas befähigt die Leser, die Mainstream-Medien »klug wie die Schlangen« (Jesus Christus, Matthäus 10:16) zu konsumieren und Fake News, Fake Law und Fake Freedom zu durchschauen. Dieses makellos dokumentierte Buch ist gleichzeitig informativ, philosophisch, prägnant, klug und amüsant."
PROF. HARRO VON SENGER, Ph. D., DJ, Schweizer Jurist

„Ein ehrliches Buch, das im Umgang mit Diplomatie, Frieden und Krieg an die Vernunft appelliert. Gelehrt und endlos zitierbar, sogar aphoristisch, setzt sich dieses Buch für die akademische Freiheit und das Recht ein, Informationen zu suchen und weiterzugeben."
PROF. DR. ALEXANDRE LAMBERT, Genf, Experte für multilaterale Organisationen und internationale Sicherheit

Quelle: https://www.claritypress.com/product/countering-mainstream-narratives-fake-news-fake-law-fake-freedomcountering-the-mainstream-narratives-fake-news-fake-law-fake-freedom/

VII
KULTURFESTIVAL
DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN POLEN
FESTIWAL KULTURY
MNIEJSZOŚCI NIEMIECKIEJ
W POLSCE
10.09.2022

Bald kommt bereits die 7. Ausgabe des Kulturfestivals der deutschen Minderheit in Polen! Außergewöhnlich reich, voller Stars und junger Darsteller. Das Festival ist aber nicht nur ein attraktives Programm auf der Hauptbühne, sondern auch Ausstellungen und Informationsstände der Organisation der deutschen Minderheit und Partner aus Deutschland, sowie Workshops, Wettbewerbe und Spiele für Kinder und Jugendliche, die im Innern der Breslauer Jahrhunderthalle präsentiert werden. Eine Vielzahl musikalischer Genres, eine Mischung aus Stilen und Trends – und das alles unter einem Nenner: Inspiriert von der traditionellen und zeitgenössischen deutschen Kultur.

Das alle drei Jahre in der Jahrhunderthalle in Breslau stattfindende Festival der Kultur der deutschen Minderheit soll einem breiten Publikum den Reichtum des kulturellen Angebots der deutschen Minderheit präsentieren, das von Chormusik, Pop und Jazz, Opernarien und musikalischen Evergreens über Hits, Blaskapellen, Vokalensembles bis hin zum Tanz reicht.

Letztes Jahr konnte das Festival aufgrund der Pandemie leider nicht stattfinden, dieses Jahr aber freuen wir uns, Sie zu dieser lang erwarteten Veranstaltung einzuladen: **am 10. September 2022 in Breslau.**

Die diesjährige Veranstaltung steht unter der Ehrenschirmherrschaft des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier und des Präsidenten der Republik Polen Andrzej Duda.

Hinweis:entnommen: https://skgd.pl/de/2022/08/02/vii-festiwal-mniejszosci-niemieckiej-we-wroclawiu/

Schwerpunktthema: Ukraine

Der Ukrainekrieg beherrscht nach wie vor die Schlagzeilen der Medien.
An dieser Stelle setzen wir unsere Streiflichter über diesen Konflikt weiter fort. Die Red.

Die Rückkehr der Geopolitik und ihre Grenzen

Der von Pazifisten und linken Realitätsleugnern gemiedene, ja, gehaßte Begriff *Geopolitik* feiert seit dem Ausbruch des Krieges um die Ukraine auch unter Journalisten eine mediale Rehabilitierung. Der Krieg hat nicht nur die materiellen Unzulänglichkeiten – marode Ausrüstung der Bundeswehr, überzogene Lieferketten, Energie- und Rohstoffknappheit, etc. – aufgezeigt, sondern auch geistigen Plattitüden der politisch Verantwortlichen offenbart.

Man sprach nicht darüber, über das was nicht sein darf, so über die geopolitischen Aspekte und Zielsetzungen der Akteure in den internationalen Beziehungen. Es wäre aber auch aktuell kein typisch deutscher Diskurs in der Öffentlichkeit, wenn nicht mit der Rückkehr der Geopolitik auch deren Grenzen angedacht würden.

In seinem Beitrag *Die Grenzen der Geopolitik. Seine eigene relative Irrelevanz im Ukrainekrieg sollte Deutschland nicht daran zweifeln lassen, auf welcher Seite es zu stehen hat* geht Artur Abramovych im CATO 4/2022 auf diesen Blickwinkel ein: In seinem fast dreißig Jahre alten Buch *Die selbstbewußte Nation* stellt der Osteuropaexperte Karl-Eckhard Hahn fest, „daß die Geopolitik »in der alten Bundesrepublik Deutschland mit einem Tabu belegt« sei," da man „politische Debatten »vorrangig unter dem Blickwinkel moralischer Bedürfnisse nach Hitler« betrachtet habe" (S. 26f.).

Noch 1994 hoffte Hahn auf eine deutsche Führungsrolle in der Vertretung der Interessen der ostmitteleuropäischen Staaten insbesondere Frankreich gegenüber. Die Grenzen einer solchen geopolitischen Betrachtung zog er schon damals bewußt, „denn sie lebe »bis zu einem gewissen Grade im Spannungsfeld zwischen Wunsch und Wirklichkeit«" (S. 27).

Die Maidanbewegung in der Ukraine (vom Westen tatkräftig unterstützt) wurde „ von breiten Bevölkerungsschichten getragen" und wirkte, so daß man mit Botho Strauß sagen kann, „»Wirklichkeit ist das, was wirkt.«" Zu diesem Aspekt, so Abramovych in seiner Argumentation weiter, kam das *Budapester Memorandum*, das der Ukraine (einschließlich der Krim) im Gegenzug für die Abgabe der aus dem Sowjeterbe stationierten Atomwaffen von Rußland die territoriale Integrität zugesichert wurde, hinzu:

> *„Mit Großraumdenken kommt man dieser Vertragsbrüchigkeit nicht bei, denn in besagtem Memorandum war von einer Neutralität oder gar »Entmilitarisierung« der Ukraine, wie sie die russische Regierung nun fordert, nirgends die Rede" (S. 27).*

Und hier folgt m. E. die Kernaussage des Beitrags:

> *„Das postsowjetische Rußland hat bereits hinreichend oft gezeigt, daß es nur genau so weit geht, wie es kann oder jedenfalls zu können glaubt, und von einer Atommacht konnte man schwerlich Gebietsabtritte und erst recht keine »Entmilitarisierung« einfordern" (S. 27).*

Entsprechend sind deutsche „Unkenrufe und Forderungen nach Deeskalation realitätsfern," denn sie würden suggerieren,

> *„daß Aggression von seiten Rußlands nicht Folge von einer Schwäche des jeweiligen Gegners ist, sondern im Gegenteil von dessen Stärke" (S. 27f.).*

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Die NATO-Osterweiterung wäre für die Deutschen die Chance gewesen, „wieder in die Geschichte zurückzukehren, statt die Augen vor ihr zu verschließen.“ Hierzu zählt Hahn die *Mitteleuropadebatte* Mitte der 1980er:

> *„Milan Kundera, einer ihrer Protagonisten, definierte 1983 in seinem Essay »Un Occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas« die Zugehörigkeit zu Mitteleuropa als Einsicht in die Nichtselbstverständlichkeit, ja Bedrohtheit der Eigenstaatlichkeit. Nach dieser Definition gehört die Ukraine nun endgültig zu Mitteleuropa, falls sie nicht schon zuvor Teil von ihr war“ (S. 28).*

Das mangelnde Verständnis für den unterschiedlichen „Kulturraum“ von Ukrainern und Russen sieht Abramovych in der Nichteinbeziehung der „russischen Frühgeschichte.“ Im jahrhundertelangen gnadenlosen Kampf gegen das »tatarisch-mongolische [n] Joch« der Goldenen Horde konnte nur das *ostslawische* Reich um Kiew herum, das den größten Teil der heutigen Ukraine umfaßte, seine Unabhängigkeit bewahren. Dieses Gebiet wurde von dem ebenfalls orthodoxen Litauen erobert und später Teil der polnisch-litauischen „Republik:“

> *„Die Ostgrenze dieser Ersten Polnischen Republik, der Blaupause für das Intermarium zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, lag weit östlicher als die Zweite Polnische Republik Pilsudskis, zu der unter den heutigen Gebieten nur Ostgalizien zählte“ (S. 28).*

Das Kiewer Reich wurde in mehreren Phasen von den Moskowitern erobert. Der Autor meint in einer weiteren Kernaussage des Artikels, dieses Intermarium wäre

> *„eine weit weniger attraktive Vision geworden, wenn Deutschland sich zum Advokaten Mitteleuropas zu entwickeln bereit gewesen wäre (was allerdings auch bedeutet hätte, den dortigen gesellschaftlichen Konservatismus wenn nicht zu übernehmen, so doch wenigstens zu akzeptieren). Statt dessen fiel Deutschland diesem jungen Teil Europas in den Rücken und wurde zum nützlichen Idioten Moskaus“ (S. 28).*

Deutschland zeigte sich „unbeeindruckt von der regelrechten Hetze“ gegen die Ukraine, aber auch gegenüber den anderen osteuropäischen Staaten, „nicht zuletzt den jahrhundertelang mit Deutschland verbundenen Balten.“ Entsprechen sind die Mitteleuropäer nicht gerade gut auf die Bundesrepublik zu sprechen: Deren „Schaukelpolitik“ hätte dem „völligen Verrat“ an den unmittelbaren östlichen Nachbarn bedeutet. Dies ist insbesondere der Fall – hier bezieht der Autor eindeutig Stellung im aktuellen Konflikt – seit sich Rußland,

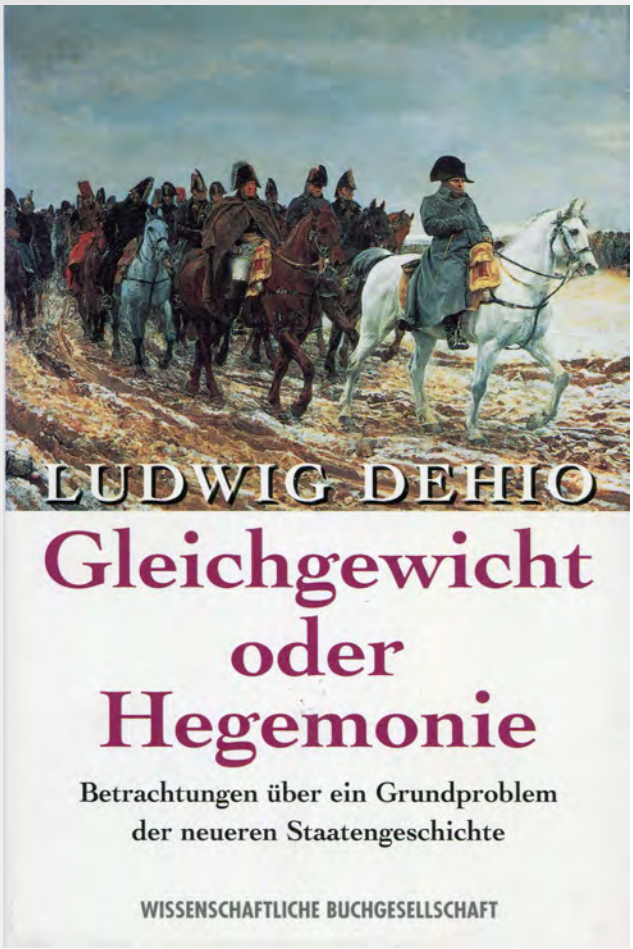
> *„ob das den notorischen Beschwörern eines vermeintlich »von Lissabon bis Wladiwostok« reichenden Europas nun gefällt oder nicht – vornehmlich durch seine Selbstüberschätzung in jene fragwürdige, von der Volksrepublik China angeführte Phalanx eingereiht hat“ (S. 28).*

Bereits minimale Gebietsgewinne in der Ukraine könnten Rußland „teuer zu stehen kommen,“ denn China hat bereits vor dem Ukrainekrieg eine „Aggression in Sibirien“ gestartet, ist in Peking nicht vergessen, daß Wladiwostok früher ein chinesisches Fischerdorf war.

So gesehen ist der Krieg eine „Feuerprobe“ für die verbliebene Standhaftigkeit des Westens: „Seine eigene relative Irrelevanz sollte Deutschland allerdings nicht daran zweifeln lassen, auf welcher Seite es zu stehen hat“ (S. 28).

Die von der VR China „übernommenen und von ihr gar aktiv beworbenen »Corona-Maßnahmen«“ geben einen „Vorgeschmack auf eine Weltordnung,“ die nicht mehr vom Westen kontrolliert wird: „Ob diese Welt eine angenehmere wäre als die der amerikanischen Hegemonie, ist fraglich“ (S. 28).

Herbert Karl



Die neue *Weltunordnung*

„Manchmal sieht es aus, als drehe sich Weltgeschichte im Kreise, als könne an lange Zeit vergessene Motive uns Strategien umstandslos wieder angeknüpft werden“ so beginnt Bruno Bandulet seinem Beitrag *Weltunordnung* im CATO (Nr. 4/2022, 29ff.). Dieser trägt die Schlagzeile:

> *„Es ist zu befürchten, daß sich in Europa erneut jener Vorhang senken wird, den man den Eisernen nannte. Wie der aussah, zeigt diese [Bild] und die Bilder auf den folgenden Seiten.“*

Fünf beeindruckende Bilder des Eisernen Vorhangs und mehrere Argumentationsstränge des faktenreichen Artikels sind eine *einzige* Warnung vor einem „Kalten Krieg II“. Die letzte kam, vor „der Wahl Bidens zum Präsidenten und der Rückkehr der Falken nach Washington“ von Henry Kissinger:

> *„die USA sollten nicht länger auf den Triumpf des einen Lagers über das andere setzen. Und selbst Zbiegniew Brzezinski, der alte Russland-Feind und Herold der »einzigen Weltmacht«, kam ein Jahr vor seinem Tod in einem Aufsatz für ‚The American Interest‘ zu dem Schluß, daß die Ära der globalen amerikanischen Dominanz zu Ende gehe und eine konstruktive amerikanische Politik von der Idee geleitet sein müsse, Rußland als einflußreicher Weltmacht einen Platz in Europa zuzugestehen“ (S. 34).*

Alle Argumente und Warnungen führen Bandulet zu dem Schluß:

> *„Alle Kriege sind schrecklich, fast alle sind sinnlos, auch der um die Ukraine. Es wäre eine bitter Ironie, wenn er mit einem Kompromiß endet, der ihn von vornherein verhindert hätte: mit der Neutralität einer Ukraine, die sich entschließt, im Antagonismus der Großmächte ganz einfach abseits zu stehen“ (S. 34).*

Es würde hier zu weit führen, alle von Bandulet vorgebrachten Fakten und Betrachtungen wiederzugeben und einer Kritik zu unterziehen, aber *zwei* Sachverhalte sollten doch hervorgehoben werden.

Zum Ersten: George F. Kennan, stellvertretender Botschafter der USA in Moskau warnte vor einer Unterstützung der Sowjetunion: Diese Warnung verhallte in Roosevelts Kriegsbereitschaft. 1946 verfaßte Kennan ein 5.363 Wörter umfaßendes Telegramm, das als »Long Telegram« in die Geschichte einging, an seinen Außenminister James Byrnes, um die USA von einer Kooperation mit Stalins Sowjetunion abzubringen:

> *„Jetzt analysierte er eingehend das sowjetische Verhalten und kam zu dem Schluß, daß der »neurotischen« Weltsicht des Kreml das »traditionelle und instinktive Gefühl von Unsicherheit« zugrunde liege. Er plädierte für eine Umkehr der Allianzen, für eine neue Politik der »Eindämmung« gegenüber dem Kriegsverbündeten. Wirklich neu war sein Mißtrauen gegenüber den Sowjet nicht: Schon als er in der ersten Phase des Weltkriegs bis Dezember 1941 in der Berliner US-Botschaft Dienst tat, warnte er – vergeblich – vor einer Unterstützung der Sowjetunion“ (S. 30).*

Erst jetzt, nach der Ära Roosevelt, dessen Weltordnung auf der Allianz mit der Sowjetunion fußte – worauf Bandulet allerdings nicht verweist –, wurde Kennans Telegramm zur „Initialzündung für den Kalten Krieg zwischen den beiden Supermächten“ (S. 30): Ein unglaubliches konventionelles und atomares Wettrüsten begann.

In der *New York Times* vom 5. Februar 1997 warnte George F. Kennan davor, „die Nato bis an die Grenzen Rußlands zu expandieren.“ Nachdem der US-Senat die *erste* Runde der NATO-Osterweiterung absegnete, meldete er sich 1998 nochmal „zu Wort: »Ich denke, das ist ein tragischer Fehler. Es gibt keinerlei Grund dafür. Niemand hat irgend jemanden bedroht«“ (S. 32)

Im „Katharinensaal des Kreml“ sicherte der amerikanische Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 den Russen zu, „die Nato werde ihren Einflußbereich „»nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen.«“ Bekannt ist die Euphorie des Francis Fukuyama, der „den Endsieg der liberalen Demokratie“ und fast im gleichen Atemzug das Ende der Geschichte proklamierte (S. 31).

Auch wenn die verbale Zusicherung Bakers in weiteren Gesprächen mit den Russen aufkam, will man sich heute im Westen nicht mehr daran erinnern. – Insbesondere Jelzin und Gorbatschow und die postsowjetische Diplomatie machten den handwerklichen Fehler, diese Zusagen nicht *völkerrechtlich* fixiert zu haben.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Zweitens: Wladimir Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag:

> *„Er erlaube sich die Kühnheit, sagte er, einen großen Teil seiner Rede in der Sprache von Goethe, Schiller und Kant zu halten. Er warb für eine enge Partnerschaft, für eine Vereinigung der europäischen und russischen Ressourcen. Er sei sich sicher, daß die »großartigen Veränderungen« in Europa ohne die Ereignisse in Rußland zehn Jahre zuvor nicht möglich gewesen wären" (S. 31f.).*

Davor hatte die NATO, wie gesehen, begonnen, in „Land für Land in Richtung Osten zu expandieren." Selbst Putin

> *„liebäugelte in den Jahren nach der Jahrtausendwende mit einer Nato-Mitgliedschaft Rußlands, was aus der Sicht Washingtons freilich einen gravierenden Nachteil gehabt hätte: Ein solcher Familienzuwachs hätte die Macht in Europa umverteilt, er hätte das Ende der amerikanischen Hegemonie bedeutet" (S. 32).*

Erhärtet wird dies dadurch, daß sich der Westen zuerst der osteuropäischen Medien versicherte und auf einer Dollarlawine Ende der 1990er hier eine schon groteske Züge annehmende „pro-NATO"-Kampagne startete. Zwischen dieser und Putins Bundestags-Rede lagen die Terroranschläge vom 11. September. Im Afghanistan- und Irak-Krieg war man noch auf das russische Wohlwollen angewiesen, aber die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten wurde ohne großes Aufsehen in die NATO aufgenommen, eine EU-Mitgliedschaft folgte auf dem Fuße.

Es bleibt den Zeithistorikern überlassen, zu klären, wann die russischen Strategen merkten, daß sie ins Hintertreffen geraten waren: Vielleicht dämmerte es bereits Jelzin, als er Putin als seinen Nachfolger aufbaute. Dieser versuchte, die Peripherie der Russischen Föderation zu sichern und auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 erinnerte er, „an die »friedliche Transformation des sowjetischen Regimes«" (S. 32).

Das Engagement des Westens in den Maidanunruhen, und die diesen folgende Annexion der Krim durch Rußland 2014 sowie die Aufrüstung der Ukraine sind hinlänglich bekannt.

Der Kampf um die Ukraine als eine Neuauflage des Kalten Krieges hinkt insoweit, daß wir es hier *nicht* mit einem reinen Stellvertreterkrieg zu tun haben, denn hier ist eine Großmacht *direkt* beteiligt.

Das verschärfte Wettrüsten, der offensichtliche Kampf um Ressourcen und der Systemkonflikt um die sogenannte Globalisierung erschwert die Rückkehr zu einer neuen und stabilen *Friedensordnung*. Kritische Stimmen, wie die von Kennan und Kissinger, sollten gehört werden.

Herbert Karl

Zum Inhalt:

Zehn internationale Historiker belasten die Sowjetunion.
Der Herausgeber hat sich durch die Veröffentlichung der überaus erfolgreichen und populären Reihe „Die Wahrheit Viktor Soworows" in Rußland einen Namen gemacht. In ihr kommen Autoren zu Wort, die die Erkenntnisse Suworows zur Angriffsvorbereitung der Roten Armee im Sommer 1941 bestätigen und erweitern. Es ist kennzeichnend für den wissenschaftlichen Diskurs, daß russische Forschungsergebnisse im Westen und insbesondere in Deutschland bei etablierten Historikern kaum zur Kenntnis genommen werden. Um diese Ignoranz zu überwinden, läßt sich Dmitrij Chmelnizki mit diesem Buch für den deutschen Leser – nach neun Historikern aus Rußland („Überfall auf Europa") – jetzt mehrere internationale Wissenschaftler zu Wort kommen, die bis ins Kleinste nachweisen, wie intensiv Stalin von Anfang an auf die Auslösung des großen Weltkrieges hingearbeitet hat. In diesem sollte - nach Erschöpfung der kapitalistischen Kriegsgegner – die Rote Armee wie eine Dampfwalze Europa überrollen und auf den Spritzen ihrer Bajonette die Revolution bis an den Atlantik tragen. Diesem heimtückischen Plan kam der deutsche Präventivschlag am 22. Juni 1941 zuvor. Wer liest, wie die bolschewistische Führung es anstellte, die ganze Sowjetgesellschaft auf dieses eine Ziel der Auslösung des "zweiten imperialistischen Krieges" auszurichten, wird die politische korrekte These vom "Überfall" auf die "friedliebende Sowjetunion" getrost ins Reich der Fabel verweisen können.

Autor(en):
Dmitri Sergejewitsch Chmelnizki, Jg. 1953, Architekt, Architekturhistoriker und Publizist. Studium am Polytechnischen Institut Duschanbe und am Institut für Malerei, Bildhauerei und Architektur Leningrad. 2003 Promotion an der Technischen Universität Berlin. Publikationen zur Architektur-, Kunst- und Militärgeschichte der UdSSR und zur postsowjetischen Gesellschaft.

Wiener Zeitschrift 87 (22. 7. 1834) 693–695

‚Correspondenz-Nachrichten. Moskau, den 14. May 1834.'

Verfasser: E. G.

(695) „Indem ich mir vorbehalte, die neuesten russischen Geisteserzeugnisse in einem künftigen Briefe zu besprechen, will ich Ihnen noch einige Notizen über die Kleinrussische (ukrainische) Literatur mittheilen. Die kleinrussische Sprache ist ein Dialekt, vielleicht sogar eine Schwester der russischen. Ihre gemeinschaftliche Quelle ist die slavische, doch hat sie auch viele deutsche, tatarische und lateinische Wörter aufgenommen. Wissenschaftlich bearbeitet wurde und wird sie erst in neuern Zeiten. Die «Grammatik» von Pawlowski ist mangelhaft. Sreßniewski in Charkow, Herausgeber der «Saporoger Alterthümer», einer periodisch erscheinenden Sammlung von Liedern, Dumen (Romanzen) und größeren Gedichten, arbeitet jetzt an einem Lexicon der kleinrussischen Sprache. In Charkow kam in diesem Jahre ein «ukrainischer Almanach», so wie eine Sammlung kleinrussischer Sprichwörter heraus. Eine Sammlung von Ukrainischen Liedern erschien zu Lemberg. Diese Sammlung ist bis jetzt die vollständigste. Weniger vollständig ist die vom Professor Maximowitsch dahier herausgegebene. Die darin enthaltenen Lieder sind größtentheils den Banduristen abgelauscht. So nenne man von der Bandura, einem der Guitarre ähnlichen Instrumente mit 11 oder 12 Darmseiten und rund auslaufenden Resonanzboden, jene von Dorf zu Dorf ziehenden, größtentheils blinden Greise, die sich durch Absingen von historischen Liedern und Dumen ihren Unterhalt erwerben. Die kleinrussischen Volkslieder sind heiterer und fröhlicher als die russischen. In ihnen spiegelt sich das poetische Leben des wilden Kosaken. Viele Volkslie-

82 Literatur und Schrifttum

der und Dumen haben historische Personen zu Verfassern, als: Mazeppa, Chmjelnitzki, Sahaidatschni u. a. Unter den jetzigen Schriftstellern verdienen Kotterewski, der eine travestirte «Äneide», Gulak-Artamowski, der mehrere Balladen von Goethe, den «Pan Twardowski» von Mitzkiewitsch übersetzt, und so wie Skoworoda mehrere Originalgedichte geschrieben hat, ferner Kwitka, der Verfasser von Novellen, Padura u. a. bemerkt zu werden. Die Zahl der kleinrussischen Schriftsteller ist indessen nicht groß. Die Prosaiker, als: Narjeschni, Verfasser mehrerer Romane, Banditschew-Kamenski, Verfasser einer Geschichte von Kleinrußland, Gogel, der beste Novellist u. a. haben sich in ihren Schriften der russischen, die Dichter, als: Saleßki, Saborowski, Goschtschinski, Maltschewski und Großa, der polnischen Sprache bedient. Es steht zu hoffen, und vielleicht wird die neu errichtete Universität zu Kiew dazu beytragen, daß auch die kleinrussische Sprache mehr und mehr zur Büchersprache erhoben, und sorgfältiger bearbeitet und ausgebildet werde."

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
SITZUNGSBERICHTE, 590. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR LITERATURWISSENSCHAFT
Nr. 13

GERTRAUD MARINELLI-KÖNIG

Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805–1848)

Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 1992

Die Seitenkopien auf der linken Seite:

Gertraud Marinelli-König: Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805 – 1848). Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt, Wien 1992, S. 81f.
Frau Marinelli-König ist Leiterin des Projekts:
Slavica in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz der Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien:
https://www.oeaw.ac.at/ikt/forschung/abgeschlossene-projekte/kulturen-des-wissens/slavica-in-den-wiener-zeitschriften-und-almanachen-des-vormaerz

Verlagsinformation ÖAW:

Als erster Band der Forschungsreihe "Slavica in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz" ging diesem der Band: "Rußland in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz" (Wien, 1990) voraus. Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die bibliographische Erfassung der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt in den Wiener gelehrten Zeitschriften, Almanachen und Unterhaltungsblättern im Zeitraum 1805 bis 1848 in Form einer kritischen Bestandsaufnahme. Die Beiträge wurden chronologisch geordnet und nach den Themenbereichen: Literatur und Schrifttum - Sprachwissenschaften - Philosophie und Ästhetik - Geschichte - Bildungsinstitutionen - Kunst - Religion - Recht - Landeskunde - Politische Ökonomie - Naturwissenschaften und Mathematik, gegliedert. Das hiemit gesichtete Material erlaubt einen tieferen Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen der Machtmetropole Wien und zwei entlegenen, nicht vor allzu langer Zeit erst dank der Großmachtstellung erworbenen, rückständigen, nunmehr dem "milden Szepter" untertan sein dürfenden Provinzen. Die Studie zeigt auch, welche Anstalten zu machen man sich veranlaßt fand, um Galizien und die Bukowina zu kultivieren und welche Nachrichten über das polnische Erbe und das kulturelle und geistige Leben der dreigeteilten Nation man den Lesern der streng zensurierten Wiener Unterhaltungsblätter und gelehrten Organe zukommen ließ. "Entdeckt" wurde andererseits das Ruthenentum. Das Werk ist gedacht als ein Beitrag zur Erforschung der gemeinsamen polnisch-ukrainisch-österreichischen Geschichte.

https://www.buecher.de/shop/buecher/polen-und-ruthenen-in-den-wiener-zeitschriften-und-almanachen-des-vormaerz-1805-1848/marinelli-koenig-gertraud/products_products/detail/prod_id/27188714/

Der Mythos Stepan Bandera

Wie im letzten *Kurier* erwähnt, kommt auch die Ukraine nach der Transformation der 1990er Jahre nicht ohne Mythen und Helden aus.

Entsprechend muß sich auch der engagierte *Westen* mit dieser umstrittenen Persönlichkeit und seinem Hineinwirken in die aktuelle Tagepolitik auseinandersetzen. So auch die grüne Heinrich-Böll-Stiftung. Unter dem Titel *Die Symbolisierung der ukrainischen Vergangenheit: Stepan Bandera und die UPA* vom 9. Dezember 2014, gezeichnet von Volodymyr Masliychuk.

Um es vorab zu schreiben: Bandera ist in der ukrainischen Helden-Mythologie *keine* Einzelerscheinung: Bereits Bohdan Mychajlowytsch Chmelnyzkyj (1595 – 1657) und Iwan Stepanowitsch Masepa (1639 – 1709) waren glühende Kämpfer für einen von Polen und Rußland *unabhängigen* Staat, der allerdings meilenweit davon war, sich Ukraine zu nennen.

Masliychk im Dezember 2014:

> *„Der von Bandera angeführte OUN-Flügel [OUN war die politische Organisation Ukrainischer Nationalisten] hatte bereits 1942 versucht, eine von den Nazis unabhängige Armee für den Kampf für einen ukrainischen Staat aufzustellen. Ende des Jahres entstand die Ukrainische Aufständische Armee (UPA); ihre ersten Kämpfe führte diese Partisanenarmee gegen deutsche Truppen und die Polnische Heimatarmee. Hervorzuheben ist die Beteiligung der UPA am Holocaust und an Massakern an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien, bislang eine von den ukrainischen Nationalisten nur ungern und ambivalent eingestandene Tatsache . . .*
>
> *Die »Bandera-Bewegung« ist durch mehrere wichtige Besonderheiten gekennzeichnet: Ungeachtet der gesamtukrainischen Parolen und der Versuche, die Bewegung auf das Gebiet der sogenannten „Groß-Ukraine“ auszuweiten, stellen die ukrainischen Territorien, die bis September 1939 zur Zweiten Polnischen Republik gehörten, den eigentlichen Aktionsbereich der UPA dar, was sie zu einer eher regionalen Erscheinung macht.“*

Mit Bezug auf die neue Ukraine meint der Autor:

> *„Bei den bekannten Ereignissen auf dem Maidan waren tatsächlich die rot-schwarzen Fahnen der OUN zu sehen und sehr oft auch Bandera-Parolen zu hören. Das Paradoxe an dieser Situation jedoch bestand darin, dass das alles nur ein Element des Kampfes gegen Janukowitsch war, ein in vielerlei Hinsicht notwendiges Element, aber eben kein bestimmendes . . . .*
>
> *Trotz Propaganda und Gegenpropaganda ist festzuhalten, dass die Antworten auf die schwierigen Fragen der Vergangenheit, insbesondere in Bezug auf den Holocaust und die Vernichtung der polnischen Bevölkerung sowie die Bewertung der OUN, in erster Linie ein Problem der ukrainischen Gesellschaft und für den Geschichtswissenschaftler ein heißes Pflaster sind.“*

Wie bereits erwähnt, liefert die Inkonsequenz der Geschichtsaufarbeitung der ukrainischen Vergangenheit den Falken in Moskau neue mediale Unterfütterung.

Der gesamte Artikel ist abrufbar unter:
https://www.boell.de/de/2014/12/09/die-symbolisierung-der-ukrainischen-vergangenheit-stepan-bandera-und-die-upa

Herbert Karl

Europa hat sich seit Jahren in die russische Gasfalle begeben

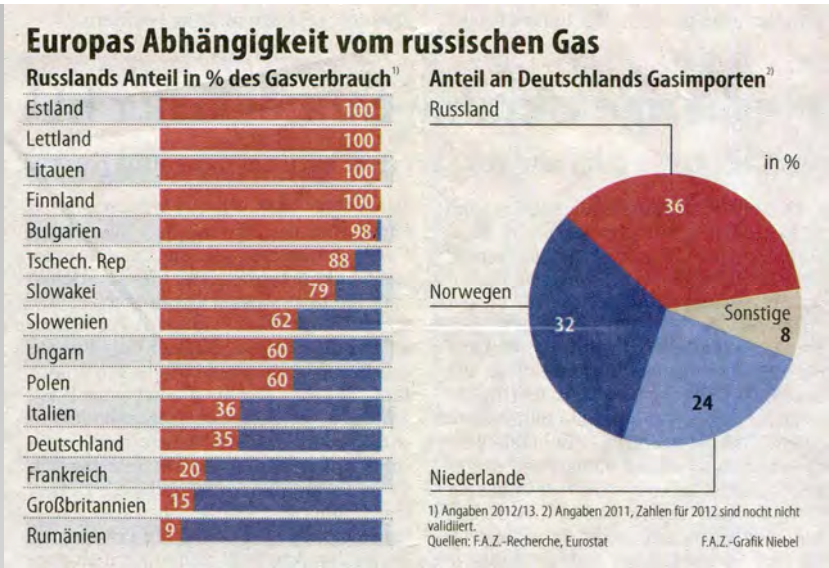
„Das Erdgasgeschäft läuft durch die wechselvolle deutsch-russische Geschichte wie eine Konstante. Politische Krisen zwischen Ost und West konnten den Energiebeziehungen nie etwas anhaben: nicht der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, nicht der Nato-Doppelbeschluss“ ist im Beitrag *Kommunizierende Röhren. Deutschland, Europa und das Russengas: Wandel durch Handel oder geopolitisches Dilemma?* von Nikolaus Busse und Majid Sattar in der FAZ am 31. März 2014 zu lesen.

Erst mit der *Krim-Krise 2014* wurde begonnen, die Abhängigkeit vom *Russengas* (siehe Grafik) zu problematisieren. Rußland drohte bereits damals, Wirtschaftssanktionen würden Reaktionen zur Folge haben, „die Europa am Ende mehr schaden könnten.“ Diese Warnung verblieb im Westen ungehallt, aber das Gas floß trotz Sanktionen weiter.

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzjung von S. 9

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine erreichten die Sanktionen gegen Rußland historisch *einmalige* Dimensionen: Die entsprechenden Spielchen (Wartungen der Gasleitungen, das Gezerre um eine Turbine, etc.) der Russen konnten nur die politischen Zauberlehrlinge im Westen überraschen.



In dem erwähnten Artikel verweisen die Autoren auf die noch ungenutzte Möglichkeit des Bezugs von Flüssiggas, dem sogenannten LNG (liquified natural gas) aus Qatar aber auch *direkt* aus den USA: „Präsident Barack Obama hat in der letzten Woche bekräftigt, dass Amerika zu Lieferungen bereit wäre . . .“

Durch Donald Trumps Zwischenadministration und der etwas entspannteren Situation in der Ukraine gerieten diese Überlegungen etwas in Vergessenheit. Erst mit Joe Biden, dessen Familie stark im Öl- und Gasgeschäft engagiert war und ist, kam das LNG-Projekt wieder verstärkt auf. Als erstes kam das Nordstream-2-Projekt, diplomatisch und medial hochgekocht, in Verruf. Der Angriff Rußlands auf die Ukraine löste dieses US-Problem, wie auch den zukünftigen Bezug von LNG aus Qatar und den USA. Letzten Agenturberichten zufolge will Deutschland eine Kooperation mit Kanada bezüglich flüssigem Wasserstoff eingehen!?

Das Endziel der Bundesregierung, der EU, den USA, etc. ist allerdings die *völlige* Unabhängigkeit vom *Russengas*. Dieser Plan deckt sich auch vorübergehend mit den Zielen der ideologieverbrämten Angsthysterie um den Klimawandel: So reichen sich Turbokapitalismus und Linksaktivisten wieder einmal die Hände. Die zu erwartende Versorgungslücke von ein, zwei Jahren führt derzeit bezüglich ihrer Bewältigung im ehemaligen Land der Dichter und Denker zu ungeahnten medialen und intellektuellen Blüten.

Der oben zitierten Begriff *Wandel durch Handel* wurde ersetzt durch eine Sanktionseskalation, die zwischenzeitlich sämtliche personelle und ökonomische Bereiche Rußlands betrifft.

Dabei wäre es doch so einfach: *Wandel durch Verhandeln* . . .

Quelle: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/energieabhaengigkeit-von-russland-die-deutschen-und-das-russische-gas-12871459-p2.html

Herbert Karl

Deutsche in der Ukraine und ihre Geschichte

Der Krieg um die Ukraine hat auch die Deutschen in der Ukraine in ihrer Vergangenheit und Gegenwart in den Fokus gerückt.

Die österreichische Herrschaft in Galizien: Die Galizien-Auswanderer aus der Pfalz

Mit dem Ansiedlungspatent vom 21. September 1781 warb Kaiser Joseph II. für die Ansiedlung von „Ackersleuten und Professionisten“ für das 1772 durch die polnische Teilung an Österreich gefallene Galizien.

Mittels dieses Patents und einem zusätzlichen Toleranzpatent sollte dieser rückgewonnene Landstrich wirtschaftlich aufgebaut werden; vorher

> *„ahnte niemand bei den verantwortlichen Stellen etwas von der Verwahrlosung des Landes, in dem es einen Mangel an Handwerkern und Gewerbetreibenden gab, das Bildungswesen niedrig war und der Handel darniederlag. Eine erste Kolonisationsmaßnahme der Kaiserin Maria Theresia richtet sich 1774 v.a. an »Händler, Künstler, Fabrikanten, Professionisten« (Freiberufler) und Handwerker und hatte die Wiederbelebung von Handel und Gewerbe vornehmlich in den Städten Galiziens zum Ziel; diesem Ruf folgten im übrigen nur wenige Pfälzer nach Galizien“ (Heinz: „In Pohlen ist nichts zu holen, S. 3).*

Ursprünglich sollten Deutsche und andere Nationalitäten – insbesondere Bauern und Handwerker – aus dem verbliebenen polnischen Gebiet (in der gesamten Adelsrepublik Polen-Litauen lebten vor der Teilung noch etwa 35 000 Deutsche) in das neuen Königreich Galizien und Lodomerien umgesiedelt werden. Mit dem Toleranzpatent vom 13. Oktober 1781 konnten auch „Akatholische“ (also Nichtkatholiken) in den neuen Siedlungsgebieten angesiedelt werden.

Dies und der Umstand, daß die Pfalz und das Saarland von den französischen Invasionen verwüstet und verarmt waren, war für die Ausreisenden eine verständliche Alternative:

> *„Auf diese Weise ist zu erklären, dass die meisten der zwischen 1782 und 1785 in Galizien eingewanderten Bauern und Handwerker die pfälzische Mundart sprachen. Diejenigen Ansiedler, die aus anderen Teilen des Deutschen Reiches kamen, bildeten in der neuen Heimat eine Minderheit und sie konnten sich in den nachfolgenden Generationen mit ihrer Mundart nicht durchsetzen“ (Austria-Forum).*

Nachdem ein österreichischer Beamter, Johann Lem, aus Sendomir (Sandomierz) in der Pfalz durch eigene Werbung erfolgreich war, nahm ab Frühjahr 1782 Wien die Ansiedlerwerbung selbst in die Hand. Wie „ein Lauffeuer“ sprach sich die Auswanderungsmöglichkeit in der politisch und wirtschaftlich schwer geprüften Pfalz herum:

> *„Der Beauftragte des Kaisers zu München, Freiherr von Fehrbach, verwendet sich mit einem sehr geschickt abgefassten Schreiben an die kurpfälzische Regierung für deren nach Galizien abzugswilligen Untertanen, woraufhin der Kurfürst einen Wegzug nach Galizien erlaubt, dies bald aber wieder einschränkt.“*

Nachdem der Kurfürst bei Rhein nämlich auch Herzog von Bayern geworden war, versuchte er, auswanderungswillige Untertanen aus der Pfalz nach Bayern zu lenken und versprach mit Erlaß vom 23. Februar 1779 „den Untertanen, die aus Abgang der Lebensbedürfnisse in entfernte Staaten ziehen zu dürfen bitten, soll eröffnet werden, daß sie in den oberen Kurlanden zur Ansiedlung alle und jede Unterstützung erhalten würden, die sie nur immer in entfernten Ländern erwarten könnten«“ (Heinz, S. 3).

Eine ganz besondere Rolle in der pfälzischen Auswanderung des späten 18. Jahrhunderts spielte, als eine oberösterreichische Enklave in der Pfalz, das Oberamt Winnweiler:

> *„Viele Galiziendeutsche stammten entweder direkt aus den Dörfern des Oberamtes oder ließen sich – aus anderen Pfälzer Gebieten kommend – zumindest dort anwerben. In diesem Zusammenhang richtete man in Winnweiler um 1781 sogar eine spezielle Anwerbestelle für Galizienauswanderer ein“ (Austria-Forum)*

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Die Auswanderer nahmen den *vorgeschriebenen* Weg: Dieser führte

> *„zunächst zur Donau, entweder von Mannheim durch den Kraichgau, entlang von Neckar und Fils, über die Schwäbische Alb nach Ulm bzw. Günzburg oder von Frankfurt am Main über Würzburg und Nürnberg nach Regensburg. Anschließend fahren sie per Kahn (mit der sog. Ulmer Schachtel) auf der Donau nach Wien zur Registrationsstelle, der Wiener Hofkammer. Von dort geht es später über Land durch Mähren und Österreichisch-Schlesien nach Galizien" (Heinz, S. 4)*

Quellen:
Historischer Abriss von Hans Christian HEINZ: „In Pohlen ist nichts zu holen." Anmerkungen zur Auswanderung aus der Pfalz nach Galizien und zu den deutschen Siedlungen ebendort: (https://www.galizien-deutsche.de/hochgeladen/dateien/Historischer_Abriss_DEUTSCH.H%20.C.Heinz.pdf

Austria-Forum: https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Galiziendeutsche

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Ansiedlungspatent Josephs II.*
vom 17.9.1781
Die Gestattung des freien Religions-Exercitii und die Begünstigungen für die hereinwandernde fremde Professionisten und Ackersleute betreffend

Wir – Joseph II von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kaiser –
Entbiethen allen und jeden Unseren getreuen Unterthanen und Einwohnern in denen Königreichen Galizien und Lodomerien wie auch jedermänniglich, welchen diese Unsere allerhöchste Willensmeinung zukömmt, Unsere k. k. auch landesfürstliche Gnade und alles Gute, und geben denselben hiemit allergnädigst zu vernehmen:
Es sind zwar bereits unterm 1. Oktober des 1774. Jahres jene Begünstigungen öffentlich kund gemacht worden, welche die aus fremden Landen in diese Königreiche Galizien und Lodomerien einwandernde Handelsleute, Künstler, Fabrikanten, Professionisten und Handwerker, sofern sie römisch-katholischer, griechisch-unierter, oder armenisch-katholischer Religion sind, allenthalben, die protestantischen hingegen in denen eigens bestimmten Städten Lemberg, Jaroslau, Brody, Zamosc und Zaleszczyki durch unentgeltliche Erlangung des Bürgerrechts, u. einer 6-jährigen Befreyung von allen Personal-Steuern, und Abgaben zu genüssen haben sollen, von welchen angelocket sich auch in mehreren Orten verschiedene fremde derley Leute zu Unserem besonderen Wohlgefallen allschon angesiedlet, und sich der gegebnen Verheißung zu erfreuen haben [. . .]

Erstens: sollen nicht nur Römischkatholische, Griechisch-unierte oder Armenisch-katholische, sondern auch protestantische Handelsleute, Künstler, Fabrikanten, Professionisten und Handwerker, welche in diesen Unseren Königreichen Galizien und Lodomerien sich niederzulassen und ansässig zu machen gedenken, nach geschehener geziemender Anmeldung bei Unserem Landes-Gubernio oder dem betreffenden Kreisamte ohne mindester Beschränkung auf dieses oder jenes Ort, allenthalben willig aufgenommen werden, und
Zweitens: Denen Protestanten gestattet seyn, aller Orten nach ihrer Religion ganz ungestört zu leben und zu bethen, und obgleich
Drittens: Zu Ausübung ihres feyerlichen Gottesdienstes in Lemberg, Jaroslau, Zamosc und Zaleszczyky eigene Bethäuser und Pastoren zu halten bereits gestattet ist, wohin die umliegende protestantische Innsassen an besonderen Festtägen zur Pflegung ihrer Andacht sich begeben können, so wollen wir nichts desto weniger noch weitere erlauben, daß auch zu Biala und Podgorze im Wieliczker Kreis ein derley Bethaus auf eigene Kosten der protestantischen Gemeinden errichtet, und ein Pastor nebst einem Schulmeister angestellet werden können, wobey Wir denenselben die Befugnis schon im voraus ertheilen, daß, wenn sich mit der Zeit die Volksmenge ihrer Glaubensverwandten so sehr vermehren sollte, daß das gegenwärtig errichtende Bethaus zu ihrer dereinstigen Fassung unzureichend, und dessen Erweiterung erforderlich seyn würde, sie solche bloß gegen vorläufige Anzeige bei Unserem Gurbernio vornehmen mögen. In soweit es [. . .]

Schließlichen: Da alle jetzt erwähnten Vortheile und Begünstigungen so beschaffen sind, daß sie allen fremden Ansiedlern, sie mögen Handelsleute, Künstler, Fabrikanten, Professionisten, Handwerker, Bauern oder Ackersleute seyn, sehr wohl zustatten kommen, und den Antritt wie die Fortsetzung ihrer Gewerbe oder Bauern-Wirthschaften ungemein erleichtern, so versehen Wir uns auch, daß mehrere fremde und auswärtige derley Leute sich solche Unsere allerhöchste Wohlthat zu Nutzen machen, sohin zahlreich in Unseren Königreichen Galizien und Lodomerien sich niederlassen werden, wo sie sodann Unser Landes-Gubernium, bey denen oberwähnten allergnädigst eingestandenen Vorzügen zu schützen und ausgiebig handzuhaben hat.
Denn hieran geschiehet Unser allergnädigster Willen und Meinung.
Gegeben in Unserer Königl. Hauptstadt Lemberg den 17. September 1781.

Joseph des H. K. K. Graf von Brigido

(Landessiegel)
Das gesamte Patent ist einsehbar unter:
https://www.myvolyn.de/heimat-galizien/ansiedlungspatente.html

Geschichte kontrovers

Die Reichsgründung 1871: Die schleswig-holsteinische Frage und die europäischen Großmächte
Teil 12

Der Konflikt um die Ukraine zeigt, wie sich eine Eskalationsspirale in Gang setzt: Auch die Nichtlösung der schleswig-holsteinischen Frage zeigt gewisse ähnlich gelagerte Handlungsmuster auf, daher soll hier der Weg aus einem kalten Konflikt in einen heißen Krieg erörtert werden.

Die Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark führte im Deutschen Bund zu einer Entrüstung im national-liberalen Blätterwald. Die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins wurde „zum Imperativ nationaler Politik" erhoben (Schulze, 1985, S. 116).

In Frankfurt forderten 500 Abgeordnete die Befreiung der Elbherzogtümer; bundesweit entstanden unzählige Schleswig-Holstein-Vereine. Preußen war – wie bereits 1848 – bereit, auch militärisch zu intervenieren. Allerdings nicht für die Unabhängigkeit der Herzogtümer und für den ‚Augustenburger'. Dieser hatte hier zwar das *Erbrecht*, nicht aber das seinerzeit gültige *Vertragsrecht* auf seiner Seite: International verbriefte dieses die Unteilbarkeit Dänemarks.

Entsprechend erkannte Bismarck das Herrschaftsrecht des dänischen Königs aus dem Hause Sonderburg-Glücksburg an, bereitete aber eine militärische Intervention wegen der Verletzung der schleswig-holsteinischen Sonderrechte vor; dafür wollte er auch Österreich gewinnen (Schulze, S. 116). Die Bereitschaft Österreichs hierfür kam für viele Patrioten recht unerwartet, allerdings stieß auch die *formalrechtliche* Anerkennung der Rechte der dänischen Krone nicht nur auf Unverständnis, sondern auch auf massiven Widerstand.

Im gegenseitigen Hochschaukeln nationaler Emotionen wäre man bereit gewesen, auch gegen die europäische Friedensordnung zu verstoßen. Bismarck hingegen forderte nur die Wiederherstellung des status quo ante, wie es das 2. Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 von den fünf Großmächten sowie Schweden und Dänemark vorsah.

Zwei Faktoren führten aber zur Verhärtung der Auseinandersetzung: Die dänische Regierung gab sich mit diesem Kompromiß nicht zufrieden, und die bereits erwähnte öffentliche Meinung im Bund.

Seit dem Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg (1848 – 1850) und befeuert durch die Einigung Italiens (1859) kochten in der deutschen Öffentlichkeit die Emotionen hoch. Es waren insbesondere Historiker wie Droysen, Duncker, Elben, Francke, Häusser, Haym, Mommsen, Treitschke und Twesten, die auch die deutsche Geschichtsschreibung prägen werden, die seit 1848 „nicht nur eine »Fundamentalpolitisierung« der Deutschen" bewirkten (Biermann, S. 166), sondern den Schleswig-Holsteinern die deutsche politische Diskursbühne öffneten: Sie waren geprägt durch die von dem konservativen Historiker Thomas Nipperdey „beschriebene »Schleswig-Holstein-Erfahrung, daß Freiheit ohne Macht nicht zu bewahren sei«" [in: Deutsche Geschichte 1800 – 1866, S. 237]. Das Schicksal der Herzogtümer bewirkte eine Elektrisierung der Massen (Biermann, S. 166f.).

Besonders war es Karl Francke, der

> *„mit zahlreichen Artikeln und Aufsätze nicht nur auf vermeintliche und tatsächliche dänische Rechtsbrüche aufmerksam machte, sondern darüber hinaus mit Leidenschaft immer wieder unterstricht, daß selbstverständlich Holstein, aber eben auch Schleswig integrale Bestandteile Deutschlands seien. Auch die umfangreiche Korrespondenz dieses Vorkämpfers für die Herzogtümer mit vielen heerausgehobenen Mitgliedern der kleindeutsch-orientierten Nationalbewegung kreisten in letzter Konsequenz stets um dieses Thema" (Biermann, S. 167f.)*

Für Francke „war Rußland der eigentliche Gegenspieler im Ringen um die beiden Herzogtümer. Er schloß seine Broschüre [Schleswig-Holsteins Gegenwart, 1854, S. 47] mit der schmerzvollen Einsicht, in die »deutsche Ohnmacht«, die jegliche Initiative zur Verbesserung der Lage völlig unmöglich manche" (Biermann, Anmerkung 13, S. 168). Unter dem Eindruck des Krimkrieges 1856, „daß Preußen bei der notwendigen Revision der Verträge von 1815, die er spätestens seit 1849 vorbehaltlos anstrebte, gleichzeitig auch auf die Herzogtümer zielen solle" (Biermann, S. 168).

Fortsetzung auf S. 14

Fortsetzung von S. 13

Wenn es auch seinerzeit noch kein europa- oder geostrategisches Denken – das in der heutigen Krisenbewältigung auch dem einen oder anderen Politiker fehlt – war sich die öffentliche Meinung, insbesondere durch die massive Intervention der Großmächte nach der Revolution über die strategische Bedeutung der Beherrschung der Elbherzogtümer voll bewußt:

> *„Preußen benötige Schleswig und Holstein unbedingt, »um nicht in der Ostsee zu ersticken oder erstickt zu werden« [Droysen an Th. von Schön im Dezember 1850]. Die spezifische Verquickung von nationaler Ehre und strategischer Position der beiden Herzogtümer – auch in perspektivischer Hinsicht auf eine deutsche Flotte – avancierte zu einem Standardargument. Für die übergroße Mehrheit der kleindeutsch-orientierten Liberalen blieb das Schicksal Schleswig-Holsteins ein Menetekel für die Machtlosigkeit der Nation. »Die Junker und die Bureaucratie haben dafür kein Interesse« [A. Lette an K. Francke am 30. März 1857]. Daß Deutschland ohne die nördliche Grenzregion nur ein schwächlicher Krüppel sein würde, war unumstößlicher Glaubenssatz dieser Männer“ (Biermann, S. 168).*

Der Bundestag verlangte bereits im März 1860, „daß Dänemark von seiner zwischenzeitlich intensivierten Danisierungspolitik in Schleswig abgehen solle;“ dabei war Hannover noch der treibende Faktor. Der Deutsche Bund forderte Dänemark auf, „sich an die Rechtsgarantien“ aus dem Londoner Protokoll 1852 zu halten:

> *„Das Voranschreiten des Bundestages in dieser Frage war Chance und Wagnis zugleich: Zum einen konnte es möglicherweise gelingen, mit dem Aufgreifen dieses Themas nach dem Desaster des Jahres 1859 verlorenes Terrain in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zurückzugewinnen. Zum anderen drohte der Deutsche Bund im Strudel sich wechselseitig übertrumpfender Forderungen zu ertrinken. Konkrete Erfolge waren jedenfalls das Gebot der Stunde“ (Biermann, S. 170).*

In der deutschen Öffentlichkeit stellte man sich aber die Frage, ob der Deutsche Bund in der Lage wäre,

> *„den weitreichenden Ansprüchen der Nationalbewegung gerecht zu werden? In letzter Konsequenz zielten die »Schleswig-Holsteiner« innerhalb und außerhalb der Herzogtümer nämlich auf die Herauslösung Schleswigs aus dem dänischen Staatsverband – ein durchaus revolutionärer Akt, der mit der legitimistischen Gesamtausrichtung des Deutschen Bundes nur schwer zu vereinbaren war“ (Biermann, S. 170).*

Bismarcks Realpolitik wollte zumindest nach außen vermeiden, einen neuen Mittelstaat – mit der absehbaren Folge der Stärkung des *dritten Deutschlands* – aus der Taufe zu heben. Dieser hätte auch das Friedenskonzept des Wiener Kongresses betroffen: Eine Reformation des Deutschen Bundes wäre unerläßlich gewesen. Dafür war die Zeit für ihn noch nicht reif. – Man ersetze den Deutschen Bund durch die EU und man kann die Schwierigkeiten der Austarierung von Interessen der einzelner Mitgliedsstaaten erahnen.

Die nationalen Emotionen erfaßten nicht nur die durch die Staatenvielfalt diversifizierte national-liberale Presse, sondern auch die deutschen Historiker. So schrieb Heinrich von Sybel seinem Kollegen Droysen im Frühjahr 1860, „daß sich die deutsche Politik zu stark auf Holstein kapriziere. »Von Schleswig ist soviel die Rede, als wenn es auf der Rückseite des Mondes läge.« Einen Monat früher schrieb der gleiche, daß es Zeit wäre „für eine aktivere Außenpolitik Preußens;“ als entsprechenden Hebel betrachtete er Schleswig-Holstein (Biermann, S. 170).

Allerdings wäre – laut Sybel an H. Baumgarten – eine Allianz mit Großbritannien eine „zwingende Voraussetzung“ einer preußischen Initiative: „»Ohne ein solches Verhältnis zu England würde ich eine Aktion gegen Dänemark für tollkühn und geradezu unverantwortlich halten. Sie lieferte Frankreich den besten Vorwand und das günstige Theater für seinen Krieg.«“ Eine befürchtete Intervention Frankreichs schwingt hier mit: „»Ohne maritimen Beistand sind wir einem französischen Kriege nicht gewachsen«“ (Biermann, S. 170f., hier rekurriert er auf: J. Schultze: Duncker Briefwechsel, 1923, S. 193 – 195). Diese wohldurchdachte Position stand im Gegensatz jener in der deutschen Öffentlichkeit stattfindenden Diskussion, in der man gar einen *Volkskrieg* in Kauf nahm.

Fortsetzung auf S. 15

Fortsetzung von S. 14

Heinrich von Treischtke beklagte

> *„die völligen Zerrüttung in der preußischen Außenpolitik und wies gleichzeitig einen Ausweg: »[I]ch wünsche ganz einfach, daß Preußen einen klugen und ehrlichen Schritt zugleich thut und den europäischen Krieg, der binnen einigen Jahren doch eintreten wird, selbst beginnt.« Dieser Krieg gegen Dänemark sei für Berlin auch eine gute Möglichkeit, das Vertrauen der deutschen Nation zu erlangen. Ohne Zweifel würde dann aus dem nordischen Waffengang ein Krieg gegen Napoleon III. entspringen, der in letzter Konsequenz die Einheit bringen werde“ (Biermann, S. 171, Anmerkung 33. Treischtke in dem Leitartikel »Die Aufgabe der preußischen Politik« in der Süddeutschen Zeitung vom 13. Dezember 1860. Der Artikel ist abgedruckt in: K. A. von Müller, 1927, S. 400 – 405. Er „brandmarkte die Dänisierungspolitik der Kopenhagener Regierung als »raffinierten Völkermord« [S. 403] und gab der allgemeinen Überzeugung Ausdruck, »daß die Oberherrschaft Frankreichs in Europa auf Dauer unerträglich wird und ein Krieg mit Napoleon früher oder später unvermeidlich herannaht. [. . .] Kommt es mit Frankreich darüber [Schleswig-Holstein H. B.] zum Kriege, so haben wir nie mit reinerer Hand zum Schwerte gegriffen« [S. 404]).*

Selbst der Schriftsteller Gustav Freytag plädierte im Schreiben vom 26. Januar 1861 an Duncker „für einen großen europäischen Krieg, der sich an der Schleswig-Holsteinischen-Frage entzünden sollte, um endlich die deutsche Einigung zu vollbringen“ (Biermann, S. 171).

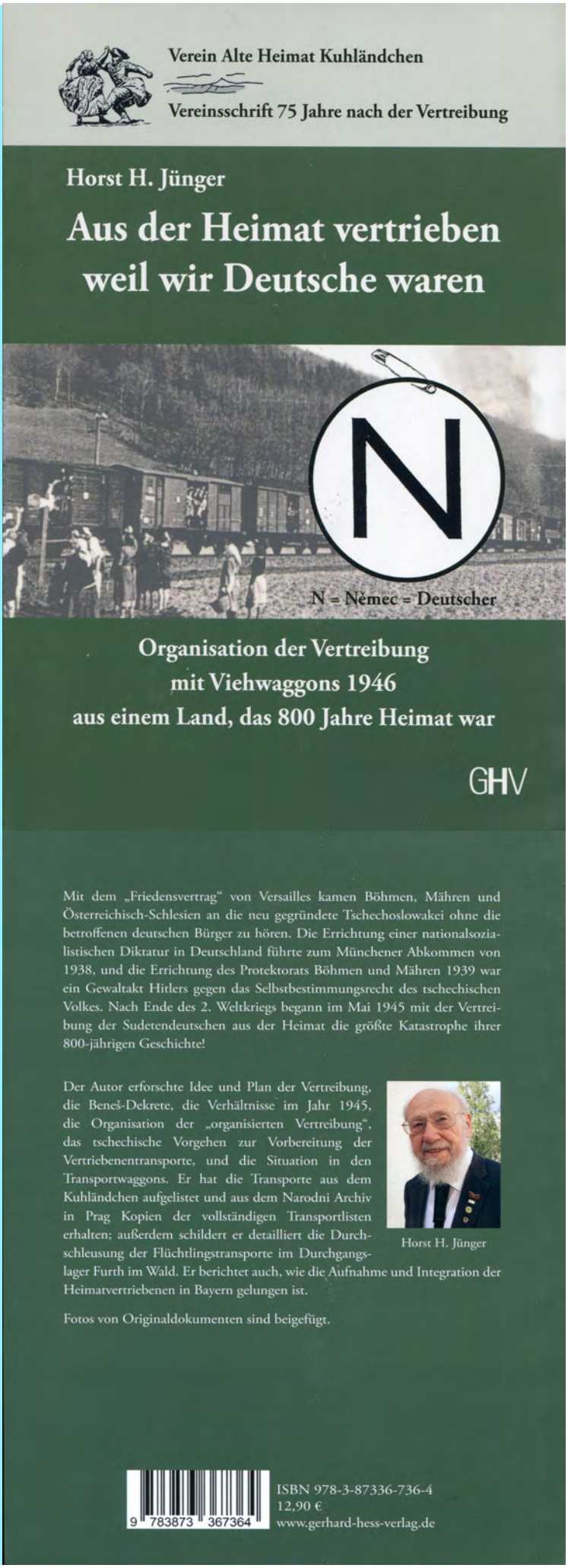
Wie bereits mehrfach erwähnt, war die schleswig-holsteinische Frage für Preußen das wichtigste *außenpolitische* zu lösende Problem: Bismarck versuchte, nachdem die außenpolitischen Konstellation – keine Gefahr einer *Intervention* der Seemacht England und der östlichen Landmacht Rußland – günstig erschien, die 1863 durch Dänemark erfolgte Eskalation zu lösen. Hierbei setzte er bewußt auf eine militärische Lösung.

Literatur

Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung, Berlin 2006.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten
Teil 2: Der Musikliebhaber

Im Kurier aus dem Dezember 2021 wurde eine Kurzbiographie des bedeutenden Banater Dichters und Pädagogen gebracht.

Dr. Rudolf Hollinger war ein leidenschaftlicher Autor, der in seiner Bescheidenheit viele Schriften nicht für die – dies lag sicherlich auch an den bewegten Zeiten während der kommunistischen Diktatur in Rumänien – große Publizistik vorsah. Sein Credo:

> *„Mich hält nur Eines: der Drang zu schaffen; worin, das weiß ich nicht mehr. Denn es braucht doch niemand mein Werk. Mich aber erhält dieses Werk. Vielleicht ist auch dieses sein Sinn . . .“ (Hollinger: Gedankensplitter, S. 57).*

Viel Tiefgründiges und Philosophisches aus Hollingers Nachlaß muß noch gehoben werden. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit, war Hollinger zeit seines Lebens auch ein leidenschaftlicher Musikliebhaber.

Entsprechend hinterließ Hollinger auch seine Spuren im Temeswarer Musikleben in der Vorkriegszeit. Hans Dama, Student und Kenner Hollingers, schreibt im *Temeschburger Heimatblatt* 2021:

> *„Nachdem die »Gesellschaft für Musikfreunde« in Temeswar mit einem am 16. März 1939 unter der Leitung Fritz Paucks dargebotenen Konzert ihre Tätigkeit eingestellt hatte, regte Richard Oschanitzky sen. die Gründung eines Symphonie-Orchesters an, das von Hollinger als Leiter der Kulturkammer unterstützt und betreut wurde“ (S. 42).*

Während des Zweiten Weltkriegs von 1940 bis 1944 konnten dadurch unter der musikalischen Leitung von Richard Oschanitzky sen. 25 Konzerte, mit Kompositionen von Georg Philipp Telemann bis Engelbert Humperdinck veranstaltet werden. In diesem Rahmen hielt Rudolf Hollinger Vorträge über:

> *„Adam Müller-Guttenbrunn, über junge Banater Lyriker, über Friedrich Hölderlin u. a. und führte zahlreiche Vortragende ein, die als Gäste nach Temeswar kamen, wie Bruno Brehm, Franz Tumler, Eugen Roth, Johannes Linke, Oskar Graf von Finkenstein und Fritz Geratewohl“ (Dama, S. 42).*

Dies sind längst vergessene Schriftsteller, aus deren Oeuvre wäre noch so manch literarischer Schatz zu heben. . .

Die Liebe zur klassischen Musik ging zurück auf Hollingers Wiener Studienzeit und so klingt sein Musik-Credo schon fast wie in Hegels Idealismus:

> *„Die Idee der Musik – also das, was Musik an sich ist – wurde am reinsten verwirklicht in den großen Schöpfungen Bachs, Händels, Mozarts, Haydns und Beethovens“ (Hollinger: Gedankensplitter, S. 46).*

Besonders von letzterem ist er angetan, bei ihm hätte man den Eindruck, „als spräche Gott zu uns, und wir sind ein Nichts vor uns selbst. Dann aber nimmt er uns in Gnaden auf, und alles wird wieder hell und gut“ (Hollinger: Gedankensplitter, S. 46).

In dem Rückblick *Temeswarer Musikleben – Zweihundert Jahre Tradition*, 1980 in Bukarest erschienen, wird dieses von Rudolf Hollinger *geförderte Symphonieorchester totgeschwiegen*, obwohl es der Grundstein für die 1945 Banater Philharmonie war. Entsprechend den Zeiten waren Richard Oschanitzky sen. und Rudolf Hollinger „vielen Unannehmlichkeiten und politischen Verdächtigungen ausgesetzt“ (Dama, S. 42). Sein Argument Musik stehe über dem Alltäglichen und der Politik fand in diesen unruhigen Zeiten kein Gehör.

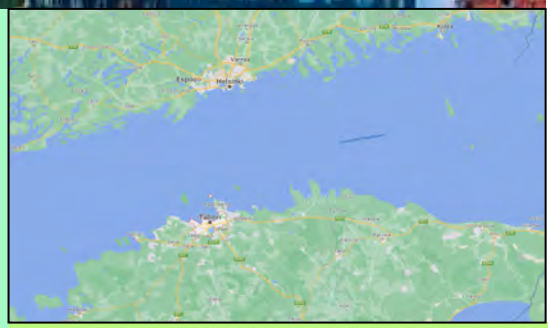
Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: Temeschburger Heimatblatt 2021, S. 41 – 46.
Rudolf Hollinger, Gedankensplitter aus dem Osten. Aus dem Tagebuch eines Südost-Europäers, Wien 1985.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

VAdM—Reiseziel:



Reiseziel: Reval (estnisch: Tallin)

Tallin ist die Hauptstadt von Estland in der Revalbucht am Finnischen Meerbusen gelegen. Estland ist die nördlichste der Baltenrepubliken, ist seit 2004 EU-Mitglied. Durch den Ukraine-Konflikt gewannen die baltischen Staaten, nach einer relativ ruhig verlaufenen Transformationszeit aus der Sowjetzeit eine immense strategische Bedeutung, die durch die NATO-Neuzugänge Finnlands und Schwedens noch zunehmen wird.

Diese strategische Lage spiegelt sich auch in der Stadtgeschichte Tallins wider: Neben der von Dänen erbauten Burg gründeten 1219 deutsche Kaufleute und Handwerker die Stadt Reval, diese trat 1285 der deutschen Hanse bei, erzielte hiermit einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufbruch. 1346 wurde sie, wie Ostpreußen Teil des Deutschordensstaates. Mit dessen Niedergang wurde Reval 1561 schwedisch und fiel in der Zeit Peters des Großen 1710 an Rußland.

Sehenswürdigkeiten aus der Vergangenheit sind: Das Domschloß aus 1227, die nach 1219 erbaute gotische Domkirche, die St-Olay-Kirche aus dem 13. Jahrhundert sowie die ebenfalls gotische Nikolaikirche aus dem 14. Jahrhundert.

HOH(L)SPIEGEL:

*Im **VAdM – Kurier** „werden Analogien zu früheren Ereignissen gezogen, um Motive aktuellen Handelns offenzulegen“*

Schrieb uns M. G.
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de